



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Bundestag befürwortet Syrien-Einsatz der Bundeswehr

Beginn schon in der nächsten Woche

Mit den menschenverachtenden Terroranschlägen in Paris vom 13. November 2015 hat der IS nicht nur Frankreich, sondern den europäischen Raum der Freiheit und des Rechts angegriffen. Der Angriff galt unserer Lebensweise und unseren Werten, er galt damit auch uns. Dagegen müssen wir uns gemeinsam verteidigen.

Der Bundestag hat heute mit sehr großer Mehrheit einem Einsatz der Bundeswehr in Syrien zugestimmt, um dort die französischen Streitkräfte zu unterstützen. Geplant ist der Einsatz von Aufklärungsflugzeugen und einer Fregatte, die dem Schutz eines französischen Flugzeugträgers dienen soll. Der Allianz gegen den IS gehören inzwischen 64 Staaten an, die Bundeswehr beteiligt sich seit dem vergangenen Jahr mit einer Ausbildungsmission für die kurdischen Peshmerga-Kämpfer. Es trifft also nicht zu, dass wir nun

durch einen „Kriegseintritt“ erstmals in das Fadenkreuz des IS geraten.

Der IS ist wegen seiner Gewaltideologie, seiner terroristischen Handlungen, seiner anhaltenden schweren, systematischen und ausgedehnten Angriffe auf Zivilpersonen eine Bedrohung des Weltfriedens. Ohne militärische Einsätze ist er nicht zu bekämpfen. Aber klar ist auch, dass der Einsatz von Streitkräften nicht der alleinige Weg sein kann, den IS zu bekämpfen. Genauso wichtig ist die Fortsetzung der Wiener Syrien-Konferenz, die einen Fahrplan zum Frieden aufgestellt hat. Vorgesehen sind zunächst ein Waffenstillstand, dann die Bildung einer Übergangsregierung und schließlich der Wiederaufbau des Landes und die Aussöhnung der politischen Gegner.

Alle Details zu dem Bundeswehreininsatz finden Sie in dem separaten Dokument. ■

Wieder Einzelfallprüfung für syrische Flüchtlinge

Verstärkte Rückführungen nach Afghanistan

Nach einer Konferenz mit den Landesinnenministern hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestern angeordnet, die Einzelfallprüfung auch für syrische Flüchtlinge wieder einzuführen.

Seit einem Jahr wurde diese Einzelfallprüfung abgeschafft, um die Verfahren zu beschleunigen und weil die meisten Anträge von Syrern positiv beschieden wurden. Der Bundesinnenminister begründete die Änderung nun damit, dass verstärkt Flüchtlinge aus verschiedenen Staaten behaupten, aus Syrien zu

stammen. Zudem könne nur durch die Einzelfallprüfung die Identität der Flüchtlinge zweifelsfrei überprüft werden. Dies sei aus Sicherheitsgründen notwendig. De Maizière sicherte zugleich zu, dass sich die Verfahrensdauer nicht verlängern werde, weil im Jahr 2016 4000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geschaffen werden.

Die Innenminister verständigten sich zudem darauf, Rückführungen nach Afghanistan zu verstärken. Afghanen stellen inzwischen die zweitgrößte Gruppe aller Flüchtlinge. ■

Möglichkeiten der Digitalisierung besser für das Gesundheitswesen nutzen

Der Bundestag hat gestern das Gesetz zur digitalen Kommunikation im Gesundheitswesen (E-Health-Gesetz) angenommen. Damit ist ein wichtiger Schritt gelungen, die digitale Vernetzung in unserem Gesundheitssystem voranzutreiben. Es ist keine einfache Aufgabe, eine sichere digitale Infrastruktur für fast 200.000 Ärzte, 20.000 Apotheken, 2.000 Krankenhäuser und mehr als 70 Millionen gesetzlich Krankenversicherte aufzubauen. Das hat die schleppende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in den letzten zehn Jahren gezeigt. Dabei ist die digitale Vernetzung unverzichtbar, denn sie rettet Leben. In Deutschland sterben immer noch mehr Menschen an unerwünschten Arzneimittelnebenwirkungen als im Straßenverkehr - etwa weil ein Patient bei verschiedenen Ärzten in Behandlung ist und diese nicht wissen, welche Arzneimittel bereits verordnet wurden. Deshalb schaffen wir jetzt die Grundlage dafür, dass der persönliche Medikationsplan rasch auf der elektronischen Gesundheitskarte gespeichert werden kann. Bei drei oder mehr Medikamenten wird geprüft, ob diese miteinander verträglich sind oder es zu gefährlichen Wechselwirkungen kommen kann. Diese Kontrolle hilft insbesondere älteren und allein lebenden Menschen. Die elektronische Gesundheitskarte ist auch ein erster Schritt zu einer elektronischen Patientenakte. Mit dieser können die Versicherten über ihre Diagnosen und Therapien schneller und umfassender informiert werden. So steigt auch die Möglichkeit, auf die Entscheidungen über die eigene Behandlung Einfluss zu nehmen. Außerdem wird der Zugriff auf das so genannte Patientenfach erleichtert: Dort können die Versicherten wichtige Dokumente wie z.B. einen elektronischen Impfausweis ablegen. ■

Lebensbedingungen und Perspektiven der Flüchtlinge in der Türkei verbessern

Die 28 Staats- und Regierungschefs der EU haben sich mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoglu auf einen Aktionsplan zur Flüchtlingskrise geeinigt. Die Türkei ist zentraler Akteur bei der Bewältigung der humanitären Krise in der Region. Mit der Versorgung von über zwei Millionen Flüchtlingen erbringt sie einen enormen Einsatz. Dies wurde bislang nicht ausreichend gewürdigt. Die gestern erzielte Einigung auf einen Aktionsplan ist ein wichtiger Schritt zu einer

faireren Lastenverteilung zwischen der Türkei und Europa. Daher ist es richtig, dass die EU zweckgebunden drei Milliarden Euro an das Nachbarland leisten will, um humanitäre Hilfen für die mehr als zwei Millionen Flüchtlinge dort zu finanzieren. Nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion müssen wir den Menschen in den Flüchtlingslagern die Gewissheit geben, dass es für sie nicht notwendig ist, sich auf den weiten und beschwerlichen Weg nach Mitteleuropa zu machen. Wer in der Region bleibt, kann auch schneller wieder in seine angestammte Heimat zurückkehren, wenn der Krieg dort endet. Mit den nun beschlossenen Mitteln kann nicht nur die Gesundheitsversorgung, sondern es können auch die Bildungschancen der etwa 900.000 Flüchtlingskinder verbessert werden. Die EU bekämpft somit Fluchtursachen.

Auch ist es richtig, darüber zu sprechen, ob die EU die Visumpflicht für türkische Staatsangehörige im Schengen-Raum bereits im kommenden Jahr aufheben kann. Darüber wird bereits seit längerem verhandelt. Die Voraussetzungen dafür sind festgelegt. So braucht es ein effizientes Rückführungsabkommen. Auch die Eröffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen ist eine Chance, über Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der EU und der Türkei anhand konkreter Sachverhalte zu sprechen. Aber zugleich ist auch klar: Heute ist die Türkei von einem EU-Beitritt noch weiter entfernt, denn je. ■

Tierschutz weiterentwickeln

Der Bundestag hat in dieser Woche den Tierschutzbericht der Bundesregierung beraten.

Dieser macht deutlich, dass das Tierwohl ein zentrales Anliegen der Bundesregierung ist. Mit den Änderungen des Tierschutzgesetzes und der Tierversuchsverordnung wurden bessere Haltungsbedingungen für Nutztiere und Versuchstiere erreicht. Trotz der sehr hohen Tierschutzstandards ist es ein wichtiges Anliegen für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Tierschutz in Deutschland weiterzuentwickeln. Eine an willkürlichen Verboten orientierte Politik lehnen wir ab. Notwendig ist es, mit allen Beteiligten lösungsorientiert zusammenzuarbeiten, um tragfähige Veränderungen herbeizuführen. Verbesserungen im Tierschutz müssen dabei auf wissenschaftlicher Grundlage erfolgen, in der Praxis umsetzbar und finanziell tragfähig sein. Das Schlachten trächtiger Tiere wird so bald wie möglich verboten werden. ■